

Die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten muß erhalten bleiben!

Die neue Bundesregierung hat weitreichende Einschränkungen bei der Ausbildungsförderung beschlossen: Ausbildungsförderung für Schüler nur noch bei unzumutbaren Entfernungen der Ausbildungsstätte vom elterlichen Wohnort, für Studenten nur noch auf Darlehen.

Von diesen Maßnahmen sind zukünftig bis zu 600.000 Schüler und Studenten unmittelbar betroffen.

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften, VDS, lehnen diese Maßnahme entschieden ab. In dieser Ablehnung sind wir uns einig mit den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften und Organisationen.

Bereits im Frühjahr 1982 haben die VDS gemeinsam mit dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Gerd Weisskirchen und dem Rektor der FH Frankfurt, Johannes Uthoff, eine Unterschriftenaktion zum Erhalt der Ausbildungsförderung initiiert. Sie ist - wie der bisherige Unterzeichnerkreis zeigt - auf sehr große Resonanz gestoßen.

Wir möchten alle Fachschaften und ASten auffordern, mit dieser Unterschriftenliste zu arbeiten.

Wir möchten vor allem Gewerkschafter, Betriebsräte, Hochschulrektoren, Studentenwerksvertreter und Politiker auffordern, mit ihrer Unterschrift unsere Aktion zu unterstützen.

Das Programm CDU/CSU/FDP

"12. Schüler-BAföG. Schüler-BAföG wird nur bei unzumutbaren Entfernungen zum Wohnort aufrechterhalten. Die Neuregelung erfolgt ab Schuljahr 83/84.

Das Studenten-BAföG wird auf Darlehensbasis umgestellt mit einer Neugestaltung der Rückzahlungsbedingungen. Die Neuregelung erfolgt ab dem WS 83/84." (Koalitionsvereinbarungen von CDU/CSU/FDP, wortlaut)

Dorothee Wilms(CDU)



"Bei der Übernahme des Ministeramtes ... sprach sich die CDU-Politikerin (Dorothee Wilms) gestern u.a. dafür aus, die Struktur des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) unter gesellschafts- und ordnungspolitischen Aspekten neu zu überdenken." (Bonner Generalanzeigen 06.10.'82)

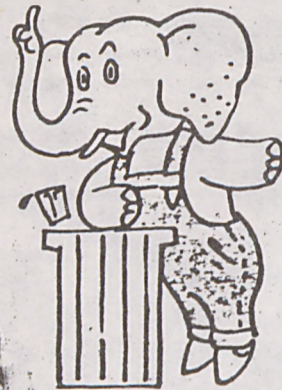
"Angesichts der knappen Finanzmittel müßten jedoch alle 'den Gürtel enger schnallen' sagte Dorothee Wilms, die die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses von Darlehen auf Stipendien und die Hilfen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz für Schüler und Studenten aus sozial schwachen Familien auf Darlehen umstellen, sowie rigorose Einschnitte in das Schüler-BAföG durchsetzen will." (Frankfurter Rundschau 22.10.'82)

Kurt Daweke(CDU)

"Nach unseren Vorstellungen wird die Umstellung auf Darlehen eine Bankenlösung sein ...". (Tagung des DSW zu Ausbildungsförderungssystemen am 15./16.06.'82)

Die Betroffenen

Schüler



Studenten

"Insgesamt wurden im Jahre 1980 rund 490.000 Schüler gefördert, von denen 170.000 allgemeinbildende und 305.000 berufsbildende Schulen besuchten, während 15.000 an Maßnahmen des Zweiten Bildungsweges teilnahmen. 80% der Eltern der geförderten Schüler (beziehen) ein Nettoeinkommen von weniger als 2.000,- DM im Monat, 50% von weniger als 1.500,- DM und 25% sogar von weniger als 1.000,- DM." (dpa-Kulturdienst, 04.10.'82)

"Eine Familie mit zwei Kindern (z.B. ein Kind im Berufsgrundbildungsjahr und ein Kind in der Fachoberschule) könnten auf einen Schlag zweimal 275,- DM = 550,- DM monatlich im Geldbeutel fehlen - das sind z.T. weit mehr als 25% des Nettoeinkommens." (Stellungnahme des DGB vom 15.10.'82)

"So kamen 1976 nur 7% der Studenten an Universitäten und Technischen Hochschulen aus Arbeiterfamilien. 1979 betrug dieser Anteil 14%." (ebd.) An diesen Hochschulen "wurden 1979 von hundert studierenden Arbeiterkindern 59 (mit Bafög) gefördert" (Arbeiterkinder im Bildungssystem, herausgegeben vom BMBW 1982)

Die Umstellung des Bafög für Studenten auf Darlehen bedeutet bis zu 40.000,- DM Schulden nach dem Studium.

Nach einer Infra-Test Untersuchung müßten bis zu 156.000 Student/innen/en ihr Studium abbrechen.

Reaktionen

DGB Bundesvorstand

"Wenn diese Gesellschaft sich nicht willens und fähig zeigt, die Begabungsreserven auch der Kinder aus den schwächer gestellten Familien zu mobilisieren, dann vergibt sie eine gesellschaftspolitische Zukunftschancen und nimmt vielen jungen Menschen von vornherein jede Möglichkeit, sich so ausbilden zu können, wie das angesichts schwieriger wirtschaftlichen und beruflicher Zukunftsaussichten unabdingbar ist." (Stellungnahme des DGB vom 15.10.'82)

D. Wunder (GEW-Vors.)

"... erklärte 29.09. in Frankfurt, die geplante Änderung des Bafög führe dazu, daß das Einkommen der Eltern wieder die Bildungschancen junger Menschen bestimmen." (dps-Kulturdienst, 04.10.'82)

DSW

(Deutsches Studentenwerk)

Weitere Eingriffe, insbesondere die Umstellung der Studentenförderung auf volles Darlehen, würden das Ende der sozial-orientierten Bildungspolitik bedeuten." (Stellungnahme des DSW von 08.10.'82)

Biörn Engholm (SPD)

"Der frühere Bildungsminister Engholm äußerte (...) die Befürchtung, von der Sozialliberalen Bildungspolitik der Öffnung gleicher Bildungschancen für alle werde ein Zurück geben. Bildung werde wieder ein Privileg für wenige werden." (dpa-Kulturdienst vom 18.10.'82)

"Dies bedeutet, daß künftig bis zu 600.000 bisher geförderter junger Menschen von heute auf morgen von dieser Förderung abgeschnitten werden." (Engholm, dpa-Kulturdienst 18.10.1982)

Bafög-Initiative

Das Ausbildungsförderungsgesetz muß erhalten bleiben

Mehr Chancengleichheit zu schaffen, die Möglichkeit, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern weiterführende Bildungswege zu eröffnen, war das unbestrittene Ziel bei der Einführung des Ausbildungsförderungsgesetzes (Bafög).

Ein massiver bildungspolitischer Rückschritt ist geplant: Die CDU/CSU/FDP-Regierung will das Schüler-Bafög endgültig abschaffen. Das Studenten-Bafög soll auf Volldarlehen umgestellt werden. Es besteht die Absicht, Bafög-Empfänger durch die Einführung eines 2. Leistungsnachweises als Studenten 2. Klasse zu diskriminieren.

Wir wenden uns ganz entschieden gegen diese Pläne

Eine ausreichende finanzielle Sicherung der Ausbildungsförderung von Schülern und Studenten ist die wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung der Bildungschancen für Kinder aus einkommenschwachen Familien. Vier Fünftel aller Eltern von Bafög-Empfängern beziehen Netto-Einkommen unter 2.000DM.

Die Bundesregierung behält diese Ziele des Bafög bei, wenn Bildungsminister Engholm feststellt, daß "gerade Arbeiterfamilien auf Ausbildungsförderung angewiesen sind, wenn sie die Möglichkeiten weiterführender Ausbildung für ihre Kinder nutzen wollen." Das gilt sowohl für das Schüler- wie für das Studenten-Bafög.

Wir sind der Meinung, daß diese Positionen sozialliberaler Reformpolitik erhalten werden müssen, damit die Bildungschancen für Arbeiterkinder und Frauen -die durch weitere Einschränkungen am härtesten betroffen wären- nicht noch weiter eingeschränkt werden.

Wir fordern die Bundesregierung sowie die sie tragenden Parteien auf, weitere Kürzungen am Bafög-Etat und bei den Bildungsausgaben insgesamt nicht zuzulassen. Diese gingen zu Lasten der ohnehin schon Benachteiligten, richten sich gegen die Chancengleichheit und gegen das Recht auf Bildung.

Für mehr Chancengleichheit! Für das Recht auf Bildung!

Statt die Zukunftschancen großer Teile der Jugend durch zweifelhafte Sparmaßnahmen noch weiter zu verschlechtern, fordern wir durch eine entsprechende Politik von Bundes- und Landesregierungen Bildung wieder als eine investive Maßnahme anzusehen.

Bildungsausgaben sind Zukunftsinvestitionen!

Im Bildungsbereich darf nicht noch weiter durch unsoziale Sparmaßnahmen gekürzt werden!

Die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten muß erhalten bleiben!

Keine Umstellung des Bafög auf Darlehen!

Erstunterzeichner:

Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften
Gerd Weisskirchen (bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)
Johannes Uthoff (Rektor der Fachhochschule Frankfurt)

weitere Unterzeichner (unvollständig):

Gesamtchülervertretung Bremen; Kahlmeyer, G. (Geschäftsführer LSV Hessen); Konferenz der Landesschülervertretungen; Kreuzer, C. (Landessekretärin LSV NRW); LSV Baden-Württemberg; LSV Bayern; LSV West-Berlin; LSV Hessen; LSV NRW; LSV Saarland; LSV Schleswig-Holstein; LSV der Gymnasien Schleswig-Holsteins; Landesschülerrat Niedersachsen; Meier, A. (Landesschülersprecher f. Gymnasien Rheinland-Pfalz); Rulfs, C. (Geschäftsführer LSV NRW); Schieren, H. (Landesverbindungslehrer NRW); Schülerkammer Hamburg; Bialas, G. (Betriebsrat-BR Tübingen); Brockmann, U. (Gewerkschaftssekretär, Hauptvorstand IG DRUPA); Bülch, J. (Landesstudensprecher GEM Bayern); Christ, H. (Gewerkschaftssekretär Hauptvorstand IG-DRUPA); Dannenhaus, J. (BR

